

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Veretabularum. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 6909. Postscheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 310 A

BERLIN • Dienstag, den 31. Januar 1933

2. JAHRGANG

Ein wüstes Kabinett!

Kommt endlich der Generalstab der Arbeiterschaft?

Welche Einheitsfront?

Einheitsfront der Kapitalisten oder der Arbeiter?

Rpt. Was geht vor sich bei unseren Gegnern, bei den Gegnern von Recht, Freiheit und Kultur? Bei denen, die unter *Recht* verstehen: das Recht auf Erhaltung ihres Vermögens auf Kosten der arbeitenden Massen, die unter *Freiheit* verstehen: die Freiheit, alle anderen unbeschränkt auszubeuten, und die unter der *Kultur*, für die sie kämpfen, offenbar das verstehen, was aus dem Osthilfesumpf gen Himmel stinkt?

Sie sind nicht einig.

Wir beobachten verschiedene Fronten innerhalb der Kapitalisten: Einzelhandel gegen Warenhäuser, Landwirtschaft gegen Industrie, verarbeitende Industrie gegen Schwerindustrie, Industrie gegen Banken.

Auch dem Kanzler-General ist es nicht gelungen, Großagrarier und Industrielle unter einen Hut, militärisch gesprochen: unter einen Stahlhelm zu bringen.

Der Landbund tobt wilder denn je gegen die „einseitige Förderung der Ausfuhrwirtschaft“ gegen die „Geldbeutelinteressen der deutschen Exportindustrie“. Uganberg, die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ besann sich am 14. Januar auf den deutschen Reichstag seligen Angedenkens, der einmal „ein Gesetz beschlossen hat, das der Reichsregierung die ausdrückliche Pflicht auferlegt, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die Preise der landwirtschaftlichen Produkte dem Preisindex der Produktionsmittel anzupassen.“ Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ schreibt dazu: „Das Gesetz ist bis heute völlig unerfüllt geblieben.“

Warum soll eigentlich der Bauer Gesetze achten und befolgen, wenn die verantwortlichen Regierungsorgane die Gesetze jahrelang unbeachtet lassen?“

Wir sehen: Der Landbund wird gegenwärtig an Agitationsgeschrei kaum noch übertroffen von den Nationalsozialisten. An Unfähigkeit, auch nur brauchbare Vorschläge zu Tage zu fördern, sind beide Bewegungen einander ebenbürtig.

Unter dem Herrenreiter wurde die

Tomaten-Kommission

in die Hauptstädte derjenigen europäischen Länder geschickt, in denen die besten Käufer deutscher Industrieprodukte wohnen. Die Kommission sollte ihnen die — auf Geheiß des Landbundes — beabsichtigte Verhängung von deutschen Einfuhrbeschränkungen für Agrarprodukte ankündigen. Wo die Kommission nicht geradezu hinausgeworfen wurde, wie in Holland, war ihr tatsächlicher Mißerfolg nicht kleiner als dort. Schließlich hat die Reichsregierung die feierlichen Ankündigungen über Einfuhrkontingente einfach unerfüllt gelassen. Selbst ihr schien es nicht möglich, die Versprechen zu erfüllen.

Schleicher gab eine neue Parole:

Dem deutschen Volke deutsches Fett!

Die Notverordnung, die es der Regierung ermöglicht, die Beimischung von Butter zur Margarine zu erzwingen, ist datiert vom 23. Dezember 1932. Diese Ermächtigung hat viel Staub aufgewirbelt. Sie ist nicht ausgenutzt worden. Es ging einfach nicht, wenigstens bisher wohl schon aus technischen Gründen.

In dem unersättlichen Rachen der Großagrarier ist schon viel verschunden. Sie sind ökonomisch so totkrank, daß sie trotzdem nicht satt werden.

Bedenken wir: Die Steuer- und Zinslasten der Landwirtschaft sind niedriger als je seit der Inflation. Die Steuerlast ist von über 800 Millionen Mark im Jahr 1925 auf 500 bis 600 Millionen Mark im Jahr 1931/32 und unter Berücksichtigung der Steuergutscheine auf rund 400 Millionen Mark im Jahre 1932/33 gesenkt worden. Die Zinsentlastung führte zu einer Senkung der jährlichen Zinssumme von über 1 Milliarde Mark auf rund 600 Millionen Mark im laufenden Wirtschaftsjahr. Die Hochhaltung der Getreidepreise ist fast zu einer Selbstverständlichkeit geworden, von der man kaum noch spricht. Die Grundeigentümer werden in Deutschland gegen Ansprüche ihrer Gläubiger auf vielfache Art geschützt: durch ein wiederholt erweitertes Hypothekendarlehen, durch das Recht, den Aufschub von Zwangsversteigerungen zu beantragen, und bei landwirtschaftlichen Betrieben im Osthilfeggebiet außerdem noch durch das „Sicherungsverfahren“ mit dem „Entschuldungsverfahren“, außerhalb des Osthilfeggebietes durch das landwirtschaftliche „Vermittlungsverfahren“.

Jene unersättlichen Hyänen fordern mehr und mehr. Sie nehmen kein Blatt vor den Mund.

Hindenburg hat am Montag mittag folgendes Kabinett ernannt:

Reichskanzler: Hitler,
Vizekanzler und Reichskommissar für Preußen:
von Papen,
Außeres: von Neurath,
Innen: Frick,
Wehrminister: General von Blomberg,
Finanzen: von Schwerin-Krosigk,
Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft:
Hugenberg,
Arbeitsminister: Seldte,
Post und Verkehr: Eltz von Rübenach,
Kommissarischer Innenminister für Preußen und
Kommissar für die Luftfahrt: Göring,
Arbeitsbeschaffungskommissar: Gereke,
Justiz: vorläufig offen.

Hitler will noch am Montag Mittag Verhandlungen mit Zentrum und Bayerischer Volkspartei aufnehmen. Die erste Sitzung des neu gebildeten Kabinetts findet um 17 Uhr statt.

Wer. Damit sind nun die wildesten Wege einer furchterlichen Reaktion geöffnet. Kurze Hinweise darauf zeigen sich in der Ernennung Hitlers zum Kanzler, also eines Kanzlers, den Hindenburg, Hugenberg, Papen und die katholischen Parteien, von weiter linksethenden natürlich abgesehen, für verfassungsmäßig mindestens nicht zuverlässig halten; sie zeigen sich weiter in der Vereinigung des Wirtschafts- und Ernährungsministeriums in der Hand Hugenbergs, des reinen Vertreters der Großgrundbesitzer und einer Finanzpolitik für die Schwerindustrie, die nicht unbedingt vor einer Inflation halt macht. Auch die Autarkiebestrebungen abenteuerlichster Art werden jetzt erneut einsetzen und damit das Ansehen Deutschlands im Ausland wohl auf den Nullpunkt herunterbringen.

Zu den übrigen Personen des Kabinetts, wie z. B. dem „Stahlhelm“-Führer Seldte als Arbeitsminister, oder Herrn Frick als Innenminister, oder dem neu gebackenen Luftkommissar Göring hier erneut das Wort zu nehmen, ersparen wir uns. Es ist das Kabinett, das nunmehr an Schwärze und kompakter Reaktion innerhalb Deutschlands nicht mehr übertroffen werden kann.

Die politischen Prognosen des „Funken“ in ihrer weiteren und kürzeren Sicht sind damit absolut bestätigt worden:

„Wir wollen keine Kabinette stürzen“,

so schloß Graf Kalckreuth, der Präsident des Reichslandbundes, am 21. Januar eine Rede in Stimmern, „und auch keine einsetzen.“

aber wir wollen das jeweilige Kabinett zwingen, daß es unsere Forderungen erfüllt.“

Sie machen es der Reichsregierung unmöglich, mit anderen Staaten Handelsverträge abzuschließen, die der deutschen Ausfuhr freiere Bahn schaffen. Ganz abgesehen davon, daß die Hochhaltung der Getreide- und Brotpreise wie ein Alpdruck auf der deutschen Wirtschaft lastet! Die deutsche verarbeitende Industrie könnte nach drinnen und nach draußen mehr verkaufen, wenn sich jene Großagrarier ihr nicht überall in den Weg stellen. Und doch tun die Vertreter der verarbeitenden Industrie nichts, um jene Störenfriede und Nimmersatte aus dem Weg zu räumen! Der Syndikus einer großen Handelskammer in Süddeutschland gab kürzlich bei einer Besprechung zu, daß die Subventionierung der Großagrarier eine schwere Last für die Industrie sei, aber er fuhr gleich abwehrend fort: Es geht nicht anders; die Landwirtschaft ist nicht geneigt, auf diese Subventionen zu verzichten. Die Großagrarier sind nicht geneigt, damit ist für diesen Industrievertreter die Sache entschieden.

Zwar hat kürzlich, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mit Entrüstung berichtete, eine westdeutsche Industrie- und Handelskammer den zu einem Vortrag verpflichteten leitenden Beamten einer landwirtschaftlichen Berufsvertretung durch ihren Syndikus am Bahnhof in einer solchen Form empfangen lassen, „daß er alsbald den nächsten Zug zur

ebenso radikal ist die törichte Leichtfertigkeit jener unverbesserlichen parlamentarischen Republikaner bloßgestellt worden, die aus dem Wahlverlust einiger Hitler-Stimmen und aus dem häuslichen Krach innerhalb der Nazi-Partei, zum Beispiel zwischen Straßer und Hitler, den Schluß ziehen zu dürfen glaubten, die Feinde der Arbeiterschaft seien

auf dem besten Wege, sich selber zu zerreißen.

und damit der Arbeiterschaft die Anstrengung einer eigenen Politik abzunehmen.

Diese Leichtfertigkeit, die wir insbesondere darin sehen, daß die Führer der Arbeiterorganisationen: der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften, es nicht verstanden haben, die angesichts der furchterlichen Gefahr der Arbeiterbewegung geradezu lächerlich geringen trennenden Unterschiede wenigstens so lange beiseite zu stellen, bis die Todesgefahr von der Arbeiterschaft abgewendet war —

diese Leichtfertigkeit wird geradezu zu einem Verbrechen, wenn nicht heute noch mit diesem schamlosen Spiel mit dem Leben der Arbeiter schluß gemacht wird und ein radikalem Verzicht auf jede Erörterung des Vergangenen ein Generalstab der Arbeiterschaft eingesetzt wird, der an Kompaktheit in Durchsetzung dieser Interessen mindestens das reaktionäre Kabinett erreicht, daß heute mittag unter Hitler startet.

Wir betonen: Man komme uns nicht mit dem albernen „Einwand“, Hitler könne auch nur mit Wasser kochen oder Deutschland sei nicht Italien oder ein Balkanland, weil die deutsche Arbeiterschaft „intelligenter“ sei als die Arbeiterschaft dieser Länder. Alle diese Einwände sind nichts weiter als eine verlogene Vertuschung jener erbärmlichen Feigheit, die es verschmäht, angesichts einer politischen Situation unter Ablehnung jeglicher Spur von Fatalismus in das bloße Getriebe menschlichen Stumpfsinns und menschlicher Tollheit einzugreifen.

Jeder Fatalismus, jede Berufung auf ein unvermeidliches Fiasko der Hitler-Diktatur und ähnliche Tröstungen sind nicht besser als die Tröstungen der christlichen Kirche mit dem Jenseits. Mag Hitler so kurz oder so lange regieren wie es sei:

es genügt unter Umständen eine sehr kurze Zeit, die Arbeiterbewegung auf Jahrzehnte, wenn nicht überhaupt auf absehbare Zeit total zu ruinieren und auf einen Zustand zurückzubringen, an dem gemessen die heutigen Zustände in den Balkanländern ein Fortschritt sind.

Abreise benutzte“. Aber das ist wohl vorläufig nur ein Einzelfall.

Die „Berliner Börsen-Zeitung“, das Organ des Kanzler-Generals, bringt „Zum Konflikt zwischen Landwirtschaft und Industrie“ begünstigende Worte des ehemaligen Reichsernährungsministers Grafen Kanitz: „Wäre es nicht... der beste Dienst am eigenen Berufsstand, wenn die beiderseitigen Wirtschaftsführer... über diese schwierigen und sicherlich viele Interessenkonflikte in sich bergenden Lebensfragen nicht in der Öffentlichkeit, sondern in periodisch wiederkehrenden Zusammenkünften sich wenigstens notdürftig zu einigen versuchten, um dann eine einigermaßen gemeinsame wirtschaftspolitische Front herzustellen?“

Wir sind leider überzeugt: Diese „notdürftige“ Einigung wird zustande kommen.

Die Einheitsfront zur Erhaltung des Kapitalismus bricht nicht auseinander, ehe sie nicht von unserer Einheitsfront zerbrochen wird.

Allerdings: Der Aktionsausschuß der kapitalistischen Einheitsfront, die jeweilige deutsche Regierung, weiß nicht, was er tun soll. Das zeigt die Reiseri der Tomatenkommission, das zeigt die undurchgeführte Margarine-Notverordnung.

Unsere Gegner sind nicht sicher!

Uns gegenüber steht also eine Einheitsfront, deren Verfechter selber bloß eine „notdürftige Einigung“ zu erhoffen wagen. Und die Vorkämpfer dieser Einheitsfront sind gegenüber der Krise ratlos.

Auch der Kanzler-General war offenbar ratlos. Der Kampf gegen die Krise ist nicht so leicht, wie er sich wohl

